# Danziger Dampfboot.

**№ 132.**

**Sonnabend, den 9. Juni.**

Das „Danziger Dampfboot" erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



**1866.**

**37ster Jahrgang.**

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr.
Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Retemeyer's Centr.-Ztgs.- u. Annonc.-Büreau.
In Leipzig: Eugen Fort. H. Engler's Annonc.-Büreau.
In Breslau: Louis Stangen's Annoncen-Büreau.
In Hamburg, Frankf. a. M., Wien, Berlin, Basel u. Paris: Haasenstein & Vogler.


## Telegraphische Depeschen.

**Hamburg**, Donnerstag 7. Juni.
Hier eingelaufenen Nachrichten zufolge hat der preußische Generalmajor v. Flies mit einer Abtheilung Truppen heute Morgen in der Richtung nach Süden die Eider überschritten. Mit Feldmarschall-Lieutenant v. Gablenz ist der gesammte Stab von Kiel nach Altona gegangen, wo die Oesterreicher sich konzentriren.

— Wie die „Hamburger Nachrichten" melden, wohnten der Abreise der Statthalterschaft und der Landesregierung von Kiel nach Altona eine Compagnie des preußischen Seebataillons, die Bataillonsmusik und sämmtliche Offiziere bei. Die Musik spielte das österreichische Nationallied; die Verabschiedung war die freundlichste.

— Der Prinz von Augustenburg ist hier eingetroffen.

— Freitag 8 Juni. Der „Hamb. Corresp." theilt eine Depesche des Generals v. Manteuffel an FML. v. Gablenz vom 6. d. Abends folgenden Inhalts mit: Durch Oesterreichs Erklärung beim Bunde und die Berufung der holsteinischen Stände sei die Gasteiner Convention gebrochen und trete nach Preußens Auffassung der Zustand vor dem Gasteiner Vertrag wieder ein. Manteuffel werde auf den Befehl seiner Regierung an den folgenden Tagen in der Richtung von Bramstedt und Itzehoe in Holstein einrücken, in die von Oesterreichern besetzten Orte nicht einmarschiren, und habe vom König den Befehl, möglichst allen Conflikten vorzubeugen. Er hoffe, leicht eine Einigung über die neuen Verhältnisse mit Herrn v. Gablenz zu erzielen, werde die Civilregierung nicht antasten und halte an der Hoffnung fest, daß die beiderseitigen Souveräne dem drohenden Kriege durch friedliche Verständigung zuvorkommen werden.

**Altona**, Donnerstag 7. Juni.
Feldmarschallieutenant Freiherr v. Gablenz und Ablatus Hoffmann sind hier eingetroffen und haben Palmaille Nro. 8. Wohnung genommen. — Nach einem Briefe aus Rendsburg ist die österreichische Besatzung plötzlich in der letzten Nacht ausgerückt und hat ihren Marsch über Jevenstedt genommen. Die Annahme von Telegrammen war verweigert worden. — Das „Holsteinische Verordnungsblatt" veröffentlicht nachstehende Bekanntmachung: Nachdem mir vom preußischen Gouvernement für Schleswig die Mittheilung gemacht worden, daß preußische Truppen heute in Holstein einrücken, und namentlich in der Richtung auf Bramstedt und Itzehoe durchmarschiren werden, so habe ich weitere Entschließungen einem hohen Kabinete vorbehalten, hiergegen Protest erhoben und fühle mich veranlaßt, den Sitz der Statthalterschaft und der Landesregierung bis auf Weiteres nach Altona zu verlegen. Die resp. Landesbehörden werden demnach angewiesen, ihre Eingaben, Berichte 2c. an die k. k. Statthalterschaft und an die herzoglich holsteinische Landesregierung von heute an nach Altona zu adressiren. K. k. Statthalter für Holstein: Gablenz.

— Freitag 8. Juni. Die österreichischen Truppen concentriren sich in der Richtung nach Wedel und Stade.

**Kiel**, Freitag 8. Juni.
Der Generallieutenant Freiherr von Manteuffel hat sicherem Vernehmen nach den Feldmarschall-Lieutenant v. Gablenz bereits aufgefordert, die gemeinschaftliche Regierung für die Herzogthümer mit ihm hier wieder einzurichten. Ueber die Antwort des Feldmarschall-Lieutenants v. Gablenz verlautet noch nichts. Die hiesigen Regierungsarchive und Kassen sollen österreichischerseits nach Altona dirigirt sein.

**Rendsburg**, Freitag 8. Juni.
Bei dem gestrigen Abmarsche der Oesterreicher hielt der preußische Commandant eine freundliche Ansprache.

**Schleswig**, Freitag 8. Juni.
General v. Manteuffel hat eine Proclamation an die Schleswiger erlassen. Er sei beauftragt, heißt es in derselben, zur Wahrung der gefährdeten Souverainitätsrechte und Landesinteressen Truppen nach Holstein zu verlegen. Die Maßregel trage einen rein defensiven Charakter.

**Neisse**, Freitag 8. Juni.
Eine Bekanntmachung des Magistrats fordert die Civilpersonen auf, sich bis zum 11. Juni auf drei Monate zu verproviantiren. Wer das nicht gethan habe, werde nach dem 11. auf Befehl des Ober-Präsidenten aus der Stadt entfernt werden.

**Dresden**, Donnerstag 7. Juni.
Die Abgeordnetenkammer hat in ihrer heutigen Sitzung, anstatt der von der Regierung verlangten einen Million, eine und eine halbe Million Thaler zu Vorschüssen wegen der Handelskrisis bewilligt. Auf eine Anfrage erklärte der Finanzminister, daß eine Kündigung der Steuer- und Zollcredite nicht beabsichtigt werde, da die Staatskasse auch ohne solche Mittel in der Lage sei, allen ihren Verbindlichkeiten gerecht zu werden.

**Kassel**, Donnerstag 7. Juni.
Nach der „Kasseler Zeitung" sind die für den 7., 8. und 9. Juni angesagten Transporte preußischer Truppen von Westphalen nach Sachsen heute abbestellt worden. — Nach der heutigen „Morgenzeitung" hat der Ausschuß des Handelstages einstimmig beschlossen, die aus Düsseldorf und Ulm eingegangenen Anträge auf Berufung des Plenums, um bei den deutschen Regierungen Vorstellungen auf Erhaltung des Friedens zu machen, abzulehnen. Die Ablehnung wird damit motivirt, daß den Regierungen wohl mehr denn tausend Mal gesagt worden sei, daß das Volk den Frieden wolle; es komme nur darauf an, durch welche Mittel der Frieden zu erhalten sei. Als solches Mittel bezeichnet der Ausschuß die alsbaldige Berufung eines deutschen Parlamentes. Der Mangel einer den Interessen des deutschen Volkes entsprechenden Gesammtverfassung sei die Ursache des jetzt ausgebrochenen furchtbaren Conflictes. Ein Freund der deutschen Nation sei, wer den nationalen Bedürfnissen ernstlich entgegenkomme; ein Feind, wer ihnen entgegenträte. Der Ausschuß hat beschlossen, den Mitgliedern hiervon Mittheilung zu machen.

— Die Regierung will die kurhessische Brigade zur Besatzung von Mainz nicht hergeben.

**Frankfurt a. M.**, Freitag 8. Juni
Hannover, Kurhessen, Oldenburg und die Staaten, welche mit ihren Kontingenten die Reserve-Infanterie-Division bilden, stehen in der Mainzer Besatzungsfrage auf Seiten Preußens. Ebenso Baiern, Baden, die Mecklenburgs, die Hansestädte und, wie es heißt, auch Luxemburg. — Aus Karlsruhe wird glaubhaft gemeldet: Den Friedensbestrebungen des Großherzogs von Baden hat sich außer dem Großherzoge von Sachsen-Weimar auch der Herzog Ernst von Coburg angeschlossen. Sachsen-Meiningen hat sich gegen die preußischen Parlaments- und Reformpläne ausgesprochen, welchen die übrigen thüringischen Staaten zustimmen.

— Freitag 8. Juni. Die erste Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung die Politik der Regierung in der Rüstungsangelegenheit allenthalben gebilligt und ist den Beschlüssen der Abgeordnetenkammer, welche die Forderung der Regierung hinsichtlich des Militärkredits bewilligt hatte, überall beigetreten. Den Beschluß der letzteren bezüglich des Parlamentes hat die Kammer verworfen und dafür folgenden Ausschußantrag angenommen: Die Staatsregierung möge zur Verwirklichung der königlichen Zusage in der Thronrede mit voller Energie auf eine, den wahren Bedürfnissen Deutschlands entsprechende, auf dem Wege des Rechts und unter Theilnahme von Vertretern der Nation in's Leben zu rufende Reform der Bundesverfassung, für deren Zustandekommen auch gegenseitige Opfer nicht zu scheuen sind, hinwirken und insbesondere sich angelegen sein lassen, die baldigste Einberufung eines deutschen Parlaments herbeizuführen.

**Stuttgart**, Donnerstag 7. Juni.
Die erste Kammer hat beide die Kriegsrüstung betreffenden Gesetze einstimmig angenommen. Morgen wird der Landtag geschlossen. — Die Zwangsremontirung wird nächste Woche der erschienenen Verordnung gemäß beginnen.

— Freitag 8. Juni. Die Abgeordnetenkammer hat den Antrag des Abgeordneten Hopf, das Militär auf die Verfassung zu vereidigen, abgelehnt.

**Karlsruhe**, Freitag 8. Juni, Vormittags.
In dem preußischen Circular vom 27. Mai d. J. über die Bundesreformfrage heißt es: Was Seine Majestät den König persönlich anbetrifft, so liegt Allerhöchstdemselben nichts ferner, als Seine Bundesgenossen, die deutschen Fürsten, beeinträchtigen oder unterdrücken zu wollen. Allerhöchstderselbe will mit ihnen als Einer Ihres-Gleichen gemeinsam für die gemeinsame Sicherheit nach innen und außen sorgen, aber besser als bisher. Wer diesen ernsten Willen und das längst auf jenes Ziel gerichtete Bestreben Sr. Majestät als das Ergebniß persönlichen Ehrgeizes schildert, der entstellt die Thatsachen, welche von Allerhöchstdessen Handlungs- und Sinnesweise offenes Zeugniß ablegen. Se. Majestät der König sind stets weit davon entfernt gewesen, einen Ehrgeiz zu hegen, der auf Kosten der Nachbarn und Bundesgenossen Befriedigung gesucht hätte, wenn Allerhöchstdieselben auch nach mannigfachen Erfahrungen darauf verzichten müssen, die Verleumdungen zum Schweigen zu bringen. Se. Majestät beabsichtigen auch jetzt mit der Bundesreform nicht, den deutschen Fürsten Opfer anzusinnen, welche Preußen nicht ebenso im Interesse der Gesammtheit zu bringen bereit wäre.

**Baden-Baden**, Freitag 8. Juni.
Der Großherzog äußerte, er billige vollständigst den preußischen Reformplan.

**Rastatt**, Freitag 8. Juni.
Die Preußen verlassen die Bundesfestung und werden durch Badenser ersetzt.

**München**, Donnerstag 7. Juni.
Der von der Kommission der Kammer der Abgeordneten ausgearbeitete Adreßentwurf billigt vollständig die Politik der Regierung, verlangt entschiedenen Widerstand gegen den Urheber des Friedensbruches, möglichst beschleunigte Einberufung eines aus freier Volkswahl hervorgegangenen Parlamentes mit der Aufgabe, zur Neugestaltung der Bundesgrundgesetze mitzuwirken und die allseitige Verständigung zu erleichtern.

**Wien, Donnerstag 7. Juni.**

Die „Wiener Abendpost“ schreibt: Die kaiserl. Regierung muß die Unterstellung des preußischen „Staatsanzeigers“, daß Oesterreich die Konvention vom 16. Januar 1864, sowie den Gasteiner Vertrag verletzt habe, einfach zurückweisen. — Nachdem das Blatt einen historischen Ueberblick über alle positiven Momente gegeben, welche bezeugen sollen, daß Preußen in zahlreichen offiziellen Erklärungen vor und zur Zeit der gemeinsamen Aktion in der Herzogthümerfrage den Schutz des bedrohten deutschen und des Landesrechtes der Herzogthümer als Voraussetzung und Basis derselben acceptirt habe, fährt dasselbe wörtlich fort: Nur innerhalb der Grenzen, welche das Recht gezogen, nur auf der Basis, welche eine loyale Auffassung der politischen Stellung und des Berufs Preußens schaffen mußte, konnte jene Einigung zur Entfaltung gelangen. Innerhalb jener Grenzen aber und auf dieser Basis hat Oesterreich geradezu Alles gethan, um eine Einigung herbeizuführen. Es hat dem Streben Preußens nach Machterweiterung im Norden Zugeständnisse gemacht, welche thatsächlich nur da Beschränkung fanden, wo sie den klaren Grundbestimmungen der Rechte des deutschen Bundes auf das Entschiedenste hätten widersprechen müssen. Es hat sich in seiner Vertragstreue nicht irre machen lassen, als Preußen bei jeder Gelegenheit durch Wort und That, durch Erklärungen und koncludente Handlungen bewiesen, daß es seine Verbindlichkeiten aus der Konvention vom 16. Januar 1864 und aus dem Gasteiner Vertrage als keine Schranken mehr für eigenes Belieben anerkenne. Maßregeln so tiefgreifender Art, wie die Umwandlung Kiels in eine Hauptstation der preußischen Marine trotz des Protestes Oesterreichs und der Erlaß der Verordnung vom 13. März zur Bestrafung feindlicher Handlungen gegen die souveräne Gewalt in den Herzogthümern, vermochten Oesterreich nicht in der strikten Anerkennung und Durchführung der Vereinbarungen mit Preußen zu erschüttern. Das Berliner Kabinet war es, welches am 26. Januar 1866 erklärte, wenn die angeblich von ihm erstrebte intime Gemeinsamkeit der Gesammtpolitik beider Mächte sich nicht verwirklichen lasse, — und es hatte sie Schritt für Schritt unmöglich gemacht — volle Freiheit für seine Politik gewinnen und von derselben den Gebrauch machen zu müssen, den es den Interessen Preußens für entsprechend halten werde. Mit dieser Erklärung hatte sich die diplomatische Loslösung Preußens vom Gasteiner Vertrage vollzogen. Das deutsche Interesse war somit im preußischen völlig untergegangen und die Grundlagen waren zerstört, auf welchen sich die Einigung der deutschen Großmächte aufgebaut hatte. Das Votum der Kronjuristen sollte die ursprüngliche Einigungsbasis ersetzen und maßgebend sein für die Verwaltung Holsteins, für die definitiven Entschlüsse der österreichischen Regierung und für die endgiltige Fragelösung. Es war ein weiter Weg, welchen Preußen in Abkehr von den Verpflichtungen, die seine Stellung im deutschen Bunde mit sich bringt, zurückgelegt hatte, ein Weg, auf dem Oesterreich nicht folgen konnte. Nichtsdestoweniger suchte Oesterreich nochmals zur Verständigung zu gelangen. Ein in der Depesche vom 26. April enthaltener Vorschlag Oesterreichs blieb unbeantwortet. Preußen hatte sich praktisch von der Einigung zurückgezogen, deren Nothwendigkeit es allerdings jedesmal nur dann geltend gemacht hatte, wenn es seinen Interessen entsprechend war, und die es so oft verleugnete, als es hoffen durfte, aus der Nichtanerkennung derselben Vortheil zu ziehen. Und dennoch hat die österreichische Erklärung vom 1. Juni in keiner Weise die Rechte Preußens präjudizirt; sie enthält nicht den Rücktritt Oesterreichs von dem dispositiven Inhalt des Gasteiner Vertrags, welcher bis zum Zustandekommen eines Definitivums ungeschwächt bestehen soll, sondern sie entspricht dem rechtlichen Charakter jener transitorischen Bestimmungen im vollen Umfange. Indem die Erklärung Oesterreichs das ältere, durch keine Abmachung alterirte Bundesrecht frei sich bethätigen läßt zu der definitiven Entscheidung der Frage, hält sie für Oesterreich fest an den ursprünglichen Voraussetzungen der Aktion. Preußen mag an die Stelle derselben andere gesetzt haben. Aber die Wandlung der preußischen Politik liegt nicht im Verschulden Oesterreichs. Zu keiner Zeit hat Preußen im Beginne seiner Gemeinsamkeit mit Oesterreich erklärt, daß es das letzte Ziel seiner Politik sei, das Recht Deutschlands zu beugen, die Bundeselemente zu zersprengen. Es hat die Nothwendigkeit, die Angelegenheit der Schlußentscheidung des Bundes anheimzustellen, nie geleugnet, vielmehr immer, mindestens indirekt dieselbe aufrecht erhalten bis zu dem Augenblicke, wo ministerielle preußische Blätter erklärten, das Betreten des Bundesweges sei gleichbedeutend mit einer Provokation zum Kriege. Für den klar ausgesprochenen Zweck, das Recht und die Interessen Deutschlands zu wahren, ist die Aktion begonnen, sind die Verträge geschlossen worden. Für das Unrecht giebt es keine rechtliche Einigung und gegen eine Interpretation der Verträge in diesem Sinne müssen wir vom österreichischen Standpunkte aus die entschiedenste unzweideutigste Verwahrung einlegen. — Die „Presse“ schreibt in ihrer Abendausgabe: Der preußische Gesandte Freiherr v. Werther hat hier erklärt, Preußen werde sich dem Zusammentritt der holsteinschen Stände thätlich widersetzen. Der Einmarsch der preußischen Truppen in Holstein wird stündlich erwartet. Dies ist ein offener Bruch des Gasteiner Vertrags, ein Beginn der Feindseligkeiten. — Die Nachricht, der Herzog v. Grammont sei Ueberbringer eines Schreibens des Kaisers Napoleon an den Kaiser von Oesterreich, hat sich nicht bestätigt.

— Freitag 8. Juni. Die „Wiener Abendpost“ sagt: Der Einmarsch der preußischen Truppen in Holstein ist eine überaus schwerwiegende Thatsache. Sie bezeichnet den einseitigen Rücktritt Preußens von der Gasteiner Konvention als einen eklatanten, beispiellosen Vertragsbruch. Wir konstatiren, sagt das Organ, daß es lediglich der Mäßigung der österreichischen Regierungsorgane in Holstein zu verdanken ist, wenn ein blutiger, in seinen Folgen unabsehbarer Konflikt sich nicht sofort an den unberechtigten und ungerechtfertigten Schritt Preußens geknüpft hat. — Die „Neue freie Presse“ theilt eine Analyse der Rückäußerung Frankreichs auf die österreichische Note vom 1. Juni mit, also lautend: Die französische Regierung befinde sich zunächst nicht in der Lage, die Voraussetzungen, an welche Oesterreich seine Betheiligung an der Konferenz geknüpft hat, erfüllen zu können. Sie müsse demnach darauf verzichten, daß ihrer Einladung weitere Folge gegeben werde. Sie könne es bedauern, daß jene Voraussetzungen formulirt würden, aber sie begreife und achte dieselben. Uebrigens halte sie an der Hoffnung fest, der Augenblick werde kommen, wo es ihr vergönnt sein werde, ihre uneigennützige Anstrengung zur aufrichtigen, dauernden Befestigung des Friedens in Europa unter Mitwirkung aller Großmächte zu erneuern und dieselben dem erwünschten Ziele zuzuführen. — Die „Presse“ meldet in ihrer Abendausgabe: In hiesigen gutunterrichteten Kreisen wird behauptet, daß der durch das Einrücken der Preußen in Holstein gesetzte Kriegsfall nicht eine sofortige Aktion Oesterreichs herbeiführen werde, sondern daß, da Oesterreich die holsteinsche Angelegenheit dem Bunde überantwortet habe, auch die erste Aktion gegen Preußen dem Bunde überlassen werden soll.

— Dem telegraphischen Correspondenzbureau wird aus Bukarest vom 7. Juni gemeldet, daß die türkische Armee an diesem Tage die Donau überschritten und ein Zusammenstoß stattgefunden haben soll. Rumänische Truppen werden aus Bukarest den Türken entgegen geschickt werden. Der Fürst Karl I. übernimmt das Oberkommando und geht morgen zur Armee ab. Die Regierung verlangt von der Kammer eine Anleihe von 36 Millionen Piaster mit Zwangscours zur Befriedigung der Bedürfnisse der Armee.

**Triest, Donnerstag 7. Juni.**

Ein patriotischer Hilfsverein wird unter der Leitung des Podesta hier gebildet. — Mit der Levantepost eingegangene Nachrichten melden aus Constantinopel, 2. Juni. Der Ueberbringer eines Briefes des Prinzen von Hohenzollern wurde Aali Pascha vorgestellt, das Schreiben desselben jedoch nicht angenommen. Omer Pascha ist in besonderer Mission nach Rustschuck geschickt worden; nach Schumla sind Verstärkungen abgegangen; das für den Archipel bestimmte türkische Geschwader bleibt vorläufig in Smyrna stationirt. Athen, 2. Juni. Antoniades, Präfekt von Corfu, ist behufs Uebernahme des Ministeriums des Innern hierher berufen worden. Hier herrscht große Geldnoth und allgemeine Handelsstockung.

**Venedig, Mittwoch 6. Juni.**

Der Munizipalrath tritt am Freitag zusammen, um eine Commission zu ernennen, welche Vorsorge für den Unterhalt der Armen während einer etwaigen Blokade treffen soll.

**Florenz, Donnerstag 7. Juni.**

Heute Abend wird die Rückkehr des Königs erwartet. In der Deputirtenkammer sind die Finanzmaßregeln mit 145 gegen 40 Stimmen angenommen worden. — Der „Diritto“ veröffentlicht einen Brief des Generals Türr an den Deputirten Macchi über die Absichten der italienischen Patrioten, bezüglich Dalmatiens, und die Antwort Macchi's. In der letzteren heißt es: Die Italiener wünschen den Krieg ausschließlich um die italienischen Provinzen zu befreien; sie werden die Rechte anderer Völker achten.

**Paris, Freitag 8. Juni.**

Der „Constitutionnel“ schreibt: Die Friedens-Bemühungen sind gescheitert, gleichwohl ist der Krieg noch nicht ausgebrochen. Frankreich hält sich wie früher außerhalb des Kampfes. Frankreich, das nicht engagirt ist, bewahrt sich vollständige Freiheit der Aktion, möge der Krieg ausbrechen oder nicht. Frankreich nimmt nur an den Ereignissen aktiven Theil, wenn gebieterische Umstände die Vertheidigung seiner Ehre und der nationalen Interessen es dazu verpflichten.

— Morgen wird ein Ministerrath und eine Geheimrathssitzung stattfinden.

**London, Freitag 8. Juni.**

„Reuter's Office“ meldet New-York, 30. Mai. Der Senat verwarf den betreffenden Paragraphen der Rekonstruktionsbill, welcher den früheren Rebellen ihr Stimmrecht abspricht. — Der General Scott ist gestorben.

**Warschau, Freitag 8. Juni.**

Dem Vernehmen nach hört der polnische Staatsrath auf, zu fungiren. Wie es heißt, wird die Firma der polnischen Bank in „Bank-Comtoir“ umgeändert, und in Folge davon werden statt der nicht mehr auszugebenden polnischen Bankbillette nur russische coursiren.

---

## Die Wiederwahl und die liberalen Parteien.

Die principiellen Unterschiede zwischen der Fortschrittspartei und andern liberalen Parteischattirungen sind nicht groß genug, um jetzt, wo die Verfassung von dem Ministerium in einer Weise ausgelegt wird, die allen liberalen Theilen gleich widerstrebt, eine Spaltung bei den Wahlen zu rechtfertigen.

Wenn trotzdem eine solche Spaltung eintritt und möglicher Weise, besonders nachdem der Krieg entbrannt ist, nicht unerhebliche Dimensionen annehmen wird, so sind die Führer der Fortschrittspartei daran Schuld, welche fast überall in Wahlversammlungen die alte Parole: „Diesem Ministerium keinen Heller und keinen Pfennig“ wieder aufnahmen.

Einem solchen Wahlruf kann unserer Ansicht nach heute, wo die Existenz des Vaterlandes bedroht ist, kein Liberaler, gleichviel welcher Parteischattirung er angehört, folgen.

Die Erhaltung des Vaterlandes ist neutraler Boden. Bei diesem Punkte angekommen, sollte jeder Parteimann, wenn er für sich den Ehrentitel eines Patrioten in Anspruch nimmt, die Fahne senken.

Dieses Blatt hat täglich auf die praktischen Folgen der von der Menge gedankenlos nachgebeteten Fortschrittsparole hingewiesen. Man mache sich über die Folgen noch einmal klar. Sie sind: ein schmäliger Friede oder Ausführung des Bismarck'schen Spruches: „Wir nehmen Geld, wo wir es finden werden“.

Ersteren Ausgang verabscheuen wir, Letzteres müßten wir, wenngleich mit schwerem Herzen billigen, denn der Bestand des Vaterlandes steht uns höher als die Liebe zur Verfassung.

Ein Drittes giebt es nicht, denn der König hat das Recht, seine Minister zu ernennen und zu entlassen, Zwangsmaßregeln gegen ihn existiren nicht.

Wer also jetzt an der Parole festhält: „diesem Ministerium keinen Heller und keinen Pfennig“, setzt, wenn er konsequent denkt, seine Hoffnung auf Revolution, und die will das Volk wieder nicht, weil die gewünschten Reformen sich auch auf friedlichem Wege vollziehen werden und nur eine Frage der Zeit sind.

Die Wiederwahl würden in diesem Augenblicke wohl alle liberalen Parteischattirungen acceptiren, jedoch nur, wenn die Kandidaten zum Abgeordnetenhause vorher ausdrücklich erklären, daß sie, nachdem der Krieg ausgebrochen ist, jedem Ministerium die Mittel zur Führung desselben bedingungslos bewilligen.

Erfolgt eine solche Erklärung nicht, so bleibt denjenigen Mitgliedern der Fortschritts- und anderer liberalen Parteien, welche eine Erniedrigung Preußens vor dem Feinde nicht wünschen und den Bestand ihres Vaterlandes gewahrt wissen wollen, nichts übrig, als gegen die von der Fortschrittspartei zum Abgeordnetenhause aufgestellten Kandidaten zu stimmen. —b—

---

**Berlin, 8. Juni.**

— Der Congreß ist gescheitert, die Conferenzen sind ins Wasser gefallen; — der Krieg steht vor der Thür!

— Giebt es in diesem Augenblicke noch eine Friedenshoffnung? Für Deutschland unserer Meinung nach ja! Es ist die letzte, aber sie könnte die beste aller vorangegangenen sein! Es ist eine kleine, aber es könnte großer Segen aus ihr hervorgehen. Es ist eine schwache, aber sie kann stark werden, wie die deutsche Eiche. Denn diese letzte, kleine und schwache Friedenshoffnung ruht nicht bei einem Fürsten, nicht bei einem Minister, nicht bei einem

einheimischen oder fremden Cabinete, nicht in der Hand der Diplomatie; — sondern sie ruht einzig und allein bei einem deutschen Volksstamme, nämlich bei den Bewohnern Schleswig-Holsteins! — Preußen ist den jüngsten Nachrichten zufolge fest entschlossen, einen selbstständigen schleswig-holsteinschen Staat in den deutschen Nordmarken nicht eher zu dulden, als bis der preußische Staat selber zerstückelt sei. — Man darf annehmen, daß es Preußen damit fürchterlicher Ernst ist; und die Eventualität liegt also hier so, daß entweder Schleswig-Holstein preußisch, oder die preußische Monarchie zertrümmert werden muß. — Ist es nun wahrscheinlich, daß Schleswig-Holstein dem jetzt noch verhaßten Schicksale, preußisch zu werden, entgehen wird? — Gewiß nicht! Warum sollte es also dieses Schicksal, das ihm mit aller Wahrscheinlichkeit doch zu Theil wird, nicht freiwillig auf sich nehmen, wenn es weiß, daß es dadurch einen großen und blutigen deutschen Krieg verhindert? — So viel deutschen Patriotismus wird die Bevölkerung Schleswig-Holsteins doch wohl gewiß haben, daß sie Deutschland vor den Gräueln und Schrecken eines solchen Krieges bewahrt! — Wir sollten meinen, Deutschland habe dies um Schleswig-Holstein wohl verdient! — Wenn aber die Bevölkerung Schleswig-Holsteins entschlossen ist, zur Vermeidung eines deutschen Bürgerkrieges ihre Stimme für die Einverleibung in Preußen zu erheben, dann ist der deutsche Bürgerkrieg unmöglich, dann bleibt es auch jetzt noch Frieden! — Auch Oesterreich kann zur Stunde noch dem persönlichen Rathe des Kaisers Napoleon nachkommen, die Mittelstaaten Deutschlands können zur Stunde noch in Berlin und Wien der Versöhnung eine Thür öffnen und damit wäre die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens neu erwacht.

— Sollen wir es nicht ferner als Anstrengung in friedlichem Sinne ansehen, wenn jetzt, wie aus Weimar gemeldet wird, deutsche Fürsten mit der Absicht hervortreten, „außerhalb des Bundestages Berathungen über die Einberufung eines deutschen Parlamentes unter Zugrundelegung der preußischen Reformvorschläge herbeizuführen", nachdem die Aussicht auf ein günstiges Ergebniß der Verhandlungen des Neuner-Ausschusses über Parlamentsberufung immer mehr geschwunden ist? Dürfen wir den Beschluß der Münchener Adreß-Commission, daß unter Umständen ein engerer Verband der Mittel- und Kleinstaaten nebst einer Volksvertretung hergestellt werde, die als Ausgangspunkt eines allgemeinen Parlamentes dienen könne, jenen Anstrengungen anreihen? Sicher sind dies keineswegs Symptome eines Parteiergreifens für Oesterreich, wie ja auch Sachsen bereits auf den Standpunkt der Vermittelung zurückgekehrt ist.

— Die allgemeine Ernüchterung, die wir schon seit einigen Tagen constatiren konnten, greift in Deutschland um sich, und dies verdankt man nicht den deutschen Staatsmännern, sondern den Volksvertretungen, welche, die württembergische nicht einmal ausgeschlossen, durchaus nicht gewillt sind, unter der Firma eines „Schutzes des Bundesrechtes" eine Liga mit Oesterreich einzugehen, um durch die Schwächung Preußens jeder volksthümlichen Einigung Deutschlands auf lange Zeit entgegenzuwirken.

— Wie nach den Erklärungen Preußens zu erwarten war, ist der Einmarsch der preußischen Truppen in Holstein nunmehr erfolgt, doch wird dieser Schritt nicht Anlaß zu blutigem Zusammenstoße werden. Ein Telegramm meldet, daß die oberste Regierungsbehörde von Kiel nach Altona verlegt worden ist, wo sich die Brigade Kalik concentrirt, während Frhr. v. Gablenz Protest gegen den Einmarsch der Preußen einlegen, dann aber die Befehle des Kaisers abwarten wird, und unterdessen bringt er seinen augustenburgischen Schützling in Altona in Sicherheit. Das Loos der Elbherzogthümer ist damit nicht entschieden, die Abtrennung Nordschleswigs noch nicht ausgesprochen, der Kleinstaat Schleswig-Holstein noch nicht aufgerichtet. Die Deutschen in Schleswig halten den Gedanken, ein selbstständiges Schleswig-Holstein zu gründen, für nicht weniger unklug als unpatriotisch. Sinkt Preußen in den Staub, so liegt ganz Norddeutschland der Raubgier der Fremden offen; daß das zweisprachige Schleswig nicht die letzte Provinz sein wird, die die Fremden vom Vaterlande loszureißen trachten, bedarf keines Nachweises.

— Ein feindlicher Angriff auf Oesterreich kann in dem Einmarsch nicht gesehen, ein Friedensbruch Preußen daraus nicht Schuld gegeben werden; es übt sein vertragsmäßiges Recht aus. Nur wenn die österreichischen Truppen in Holstein Widerstand leisten, würde der Friedensbruch entstehen, in diesem Falle ihn aber Oesterreich zu verantworten haben. Es verdient hierbei in Betracht zu kommen, daß unsere im Kieler Hafen liegende Flotte und die mehr als doppelte Anzahl unserer Truppen in Schleswig ein Motiv sein dürften, die Oesterreicher zum Abzug aus Holstein zu bewegen. Man spricht indeß von Einberufung des holsteinischen Contingents, welches dann die Bestimmung haben würde, gegen Preußen zu kämpfen, d. h. gegen den Mitsouverain. Aus diesem Gesichtspunkte erscheint es wünschenswerth, daß Preußen seine Maßregeln so beschleunige, um die Einberufung dieses Contingents zu verhindern. Es ist wahrscheinlich, daß es selbst die Einberufung der Stände in der von Oesterreich beliebten Form verhindern wird.

— Dadurch schiene denn doch der rasende Wunsch aller Oesterreicher nach einem Kriege mit Preußen der Erfüllung entgegenzugehen. Die Oesterreicher sehen in einem Kriege den einzigen Ausweg, die einzige Rettung aus den Finanznöthen, aus der innern Verkommenheit, aus dem bedenklichen Zwiespalt der Nationalitäten. Dieser Wunsch erfüllt Alle in dem Kaiserstaat und läßt die Klugheit schon so weit bei Seite setzen, daß man in Wien nicht mehr daran festhält, die Rolle des Angreifenden den Gegnern zu überlassen, daß man heute schon nicht mehr auf die Warnung hört, ganz Europa werde gegen den sein, der den ersten Schuß thut. Daß Oesterreich im Unrecht sei, sieht natürlich die so erhitzte öffentliche Meinung und mit ihr die österreichische Presse nicht ein, und daß Oesterreich die Conferenzen vereitelt habe, wird ebenso entschieden in Abrede gestellt.

— Nebenbei spinnt Oesterreich seine Fäden nach allen Richtungen hinaus. In Petersburg hat es bekanntlich versucht, — ob mit Erfolg, darüber gehen die Nachrichten auseinander, — Rußland beizubringen, Napoleon werde auf der Pariser Conferenz die polnische Frage anregen, und plötzlich ward Fürst Gortschakoff von der diplomatisch-politischen Gicht befallen. — In Constantinopel hat der k. k. Nuntius eine Vereinbarung durchgesetzt, infolge deren türkische Kriegsschiffe an der albanischen wie an der dalmatiner Küste Aufstellung nehmen, um etwaige Landungsversuche italienischer Freischaaren zu verhindern. Es ist vorauszusehen, daß diese Flottenabtheilungen sich entweder als unnütz erweisen werden, weil die italienische Flotte entweder eine erwartete sehr entscheidende Bewegung auf einem andern Punkte ausführt, oder als verspätet, weil jene Bewegung, nach Dalmatien gerichtet, dann bereits ausgeführt sein wird Die Entscheidungsstunde dort unten ist vielleicht in dem Augenblicke, wo wir diese Zeilen niederschreiben, herangebrochen. Ein isolirtes Oesterreich, das auf keinen deutschen Staat rechnen kann, nachdem diesen deutschen Staaten von Paris aus der Wunsch zu Ohren gekommen ist, daß sie sich neutral verhalten mögen, gegen Preußen und Italien in erster und auch gegen Frankreich in zweiter Linie!

— Die Aufstellung der Heeresmacht dürfte sowohl preußischer- wie österreichischerseits im Generellen als beendet anzusehen sein.

— Unser König soll vor einigen Tagen in einer an abmarschirende Officiere gehaltenen Ansprache mit tiefem Ernst gesagt haben: Preußen gehe in dem bevorstehenden Kampfe entweder einer sehr ruhmreichen Zukunft entgegen oder — einem unberechenbaren Ausgange. Man müsse hoffen, daß man sich fröhlich wiedersehe. Sollte die Vorsehung aber anders beschließen, dann würden Diejenigen, die sich jetzt trennen, einander wohl niemals wiedersehen. Diese Ansprache soll einen außerordentlichen Eindruck auf die Zuhörer hervorgebracht haben.

— Die Zeitungsnachricht, daß der König in den nächsten Tagen nach Breslau reisen werde, ist unbegründet.

— Mittelst Allerhöchster Kabinets-Ordre vom 1. d. Mts. ist der Kronprinz für die Dauer des mobilen Verhältnisses zum Gouverneur von Schlesien ernannt.

— Se. Königliche Hoheit der Prinz Friedrich Karl von Preußen ist nach der Provinz Schlesien abgereist.

— Heute Abend geht der Prinz Albrecht mit seinem Stabe nach Muskau ab. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin trifft hier Sonntag zum Besuche beim königlichen Hofe ein.

— Herr v. Scheel-Plessen hatte gestern mehrere Besprechungen mit den Vertretern von Oldenburg und der freien Städte, darauf Nachmittags eine Audienz beim Könige und eine Konferenz mit dem Grafen Bismarck, worauf er Abends nach Altona abreiste.

— Herr v. d. Heydt hat das Projekt, eine neue freiwillige Anleihe zur Subscription aufzulegen.

— Bezüglich der ablehnenden Antwort des Magistrats in Betreff der Annahme der Darlehnskassenscheine haben die Stadtverordneten dem Magistrat zu erwidern beschlossen, daß sie bei dem Beschlusse vom 2. Juni beharren müßten. Sollte der Magistrat dennoch Darlehnskassenscheine vereinnahmen lassen, so macht die Versammlung ihn für den der Stadt erwachsenden Schaden verantwortlich, indem sie sich ihre Rechte gegen denselben vorbehält.

— Der preußischen Presse steht, als Einleitung zu den Wahlen, für die nächste Zeit eine verstärkte Aufmerksamkeit Seitens der Polizei und der Staatsanwälte bevor.

— Das Kriminal-Gericht verhandelte heute die Anklage gegen Twesten wegen seiner Rede im Abgeordnetenhause. Der Staatsanwalt beantragte wegen Verleumdung des Justizministers, des Staatsministeriums und des Obertribunals einjährige Gefängnißstrafe. Der Gerichtshof erklärte sich für competent und sprach den Angeklagten auf Grund des §. 84 der Verfassung frei.

**Wien.** Ueber den Seelenzustand des Kaisers von Oesterreich sind schon seit voriger Woche sehr seltsame Gerüchte verbreitet, die Anfangs nur ungläubig aufgenommen wurden, jetzt aber volle Bestätigung finden. Schon vor vierzehn Tagen wurde einem Berliner berühmten Arzte für Seelenkrankheiten von dem Leibarzte des Kaisers ein Gutachten über gewisse Krankheitserscheinungen in so geheimnißvoller Weise abgefordert, daß derselbe die Fragen auf den Kaiser beziehen mußte. Der Patient war in dem Schreiben des Wiener Arztes nicht genannt, auch über die Verhältnisse, welche die Krankheitserscheinung hervorgebracht hätten, wurden nur unbestimmte Andeutungen gemacht. Vorige Woche wurde demselben Arzte das Gutachten eines Pariser Gelehrten über denselben Fall zur Beurtheilung zugeschickt, und in diesem fanden sich deutlichere Hinweisungen darauf, daß der Kaiser von Oesterreich der Leidende sein müsse. In Wien ist bereits von einer Regentschaft die Rede, da der Thronerbe, Erzherzog Rudolf, noch minderjährig ist.

**Paris.** Beim ersten Kanonenschuß wird ein kaiserliches Decret zwei Observations-Corps bestellen, das eine an den Alpen, das andere am Rheine.

## Locales und Provinzielles.

**Danzig, den 9. Juni.**

— Unsere früheren Garnisonstruppen sind nach neuesten Nachrichten von Görlitz nach Schmiedeberg vorzurücken im Begriff, da das 8. Armeekorps in der Oberlausitz aufgestellt werden soll. Die gegenwärtige Besatzung von Görlitz bestand aus 3 Bataillonen Infanterie und dem Generalstabe; viel mehr werden auch dort nicht untergebracht werden können, weil der Wassermangel so groß ist, daß schon jetzt Noth vorhanden ist. Vorläufig haben die großen Vorräthe der dortigen Brauer an leichtem Bier noch mitausgeholfen, doch ist bei dem immensen Consum, der augenblicklich eingetreten ist, zu erwarten, daß in kurzer Zeit diese Vorräthe verbraucht sein werden. — Die Officiere und Militärbeamten, welche Epauletten zu ihren Uniformen trugen, haben dieselben für die Dauer der Mobilmachung ablegen müssen. Bei verschiedenen Personen höherer Chargen bemerkt man auf den Epaulettenhaltern die Sterne, welche schon früher in andern Armeen zur Bezeichnung des Ranges dienten. Sowohl im Anzug als in vielen andern Dingen sind für die Mannschaften Erleichterungen eingetreten, welche einen Friedens-Paradesoldaten schaudern machen würden. Wenn man auf die Landstraßen kommt, welche der Grenze näher liegen, so trifft man häufig Recognoscirungs-Patrouillen an, ebenso werden österreichischerseits solche Sicherheitsmaßregeln beobachtet.

— Die nunmehr zu Ende geführte Mobilmachung der gesammten Armee hat einen noch fühlbaren Mangel an Officieren ergeben, welcher sich darauf zurückführen läßt, daß seit Reorganisation der Armee 1860 die Etatsstärke der Lieutenantscharge bei den neu formirten Truppentheilen zum Theil noch nicht ausgefüllt ist. Die Formation der Ersatztruppen aller Waffen für die Feldarmee in einer Stärke von etwa 130,000 Mann hat allein 2985 Officiere aller Grade erfordert, welche zum großen Theil den Linien-Regimentern entnommen sind, so daß einzelnen dieser letzteren kaum ein Bestand von 15 bis 20 Premier- und Seconde-Lieutenants verblieben ist. Sowohl zur Deckung des hierdurch hervorgerufenen Ausfalles, als auch zur Sicherstellung des erforderlichen Bedarfes bei den Landwehr-Regimentern selbst ist der Officierstand der Landwehr bei der jetzigen Mobilmachung (der ersten so ausgedehnten seit der Armee-Reorganisation) in so weitem Umfange in Anspruch genommen, daß man insbesondere für den Besatzungsdienst im Innern des Landes Männer in den 50er Jahren und darüber wieder hat zu den Fahnen einberufen müssen. Die Totalstärke sowohl der zur Feld-, als auch für die

Besatzungs-Armee ꝛc. einberufenen Landwehr-Officiere, bereits zur Disposition gestellter Kräfte ꝛc. erreicht nahezu die Höhe von 8000 Köpfen.

— Die sämmtlichen für einen etwaigen Feldgebrauch bestimmten Landwehr-Bataillone des ersten Aufgebots sind binnen der kurzen Zeit von wenigen Wochen mit Zündnadelgewehren ausgerüstet worden. Dasselbe soll auch mit den zwölf der activen Armee angehörigen Landwehr-Kavallerie-Regimentern in Hinsicht des Austausches der alten Säbel mit einfachem Bügel gegen die neuen Gußstahlkorbsäbel und der Ausrüstung mit Zündnadelkarabinern stattgefunden haben. Die Eintheilung der Feldarmee in Brigaden, Divisionen und einzelne Corps ist übrigens, wie man hört, keineswegs nach dem Friedensschematismus der bestehenden neun Armeecorps, sondern wesentlich hiervon abweichend erfolgt, um dem Gegner dadurch die Schätzung und Berechnung der ihm gegenüber stehenden preußischen Streitkräfte zu erschweren. Unmittelbar mit Eröffnung der Feindseligkeiten würde, wie noch verlautet, für Auszeichnung vor dem Feinde eine Königliche Ordre über Stiftung eines neuen Ehrenzeichens erlassen werden, das im Wesentlichen dem eisernen Kreuz nachgebildet sein soll. Ebenso steht auch die Erneuerung der alten Bestimmung über die sogenannten Douceurgelder für genommene feindliche Fahnen, Standarten und Kanonen in Aussicht. In den früheren preußischen Kriegen betrugen diese Gelder für eine genommene feindliche Fahne oder Standarte 50 Dukaten, für ein genommenes Geschütz 300 Thaler, welche Letzteren an das betreffende Bataillon oder Regiment, die Ersteren dagegen an die betreffende Person oder Personen, resp. der Gefangennahme einer ganzen feindlichen Abtheilung mit ihren Fahnen oder ihrer Fahnen, ebenfalls an die betreffenden preußischen Abtheilungen gezahlt wurden. Viele wohlthätige oder gemeinnützige Stiftungen in unserer Armee, wie Invalidenfonds, Regiments-Schwimmanstalten und Bibliotheken ꝛc. sind aus diesen Geldern begründet worden. In den letzten preußischen Kriegen von 1848, 1849 und 1864 scheint, soviel darüber bekannt geworden, diese alte Einrichtung nicht eingehalten worden sein, doch würden bei Erneuerung dieser Bestimmung die dadurch benachtheiligten preußischen Truppentheile für ihre in diesen Kämpfen gewonnene Trophäen wohl noch einen nachträglichen Anspruch besitzen.

— Für die zu errichtende neue Batterie sind hier 64 Pferde angekauft. Die in Marienburg angekauften Pferde trafen gestern Nachmittag per Eisenbahn hier ein. Die dafür gezahlten Preise variirten zwischen 150 bis 200 Thlr.

— Wie uns aus verläßlicher Quelle mitgetheilt wird, ist bereits auch eine Superrevision der zur Armee-Reserve zurückgesetzten Mannschaften aus den Jahrgängen 1835—1845 in Aussicht genommen; es soll jedoch vorerst das Resultat der beabsichtigten Superrevision der Ersatz-Reserven abgewartet werden.

— Gestern Nachmittag traf Sr. Maj. Fregatte „Niobe“, Corv.-Cpt. Henck, auf unserer Rhede ein und ließ sich von zwei Dampfern sogleich nach der Königlichen Werft bugsiren.

— Am 4. Juni lief das königlich preußische Kanonenboot „Basilisk“, Commandant Prinz Hugo v. Schwarzburg, von hier kommend, in den Kieler Hafen ein und ging neben der „Arcona“ vor Anker.

— Seit Freitag liegt das preußische Kanonenboot „Cyclop“ unmittelbar vor dem Glückstädter Hafen auf der Elbe.

— Die gesetzlich feststehenden Wahlbezirke für die Wahl der Abgeordneten für das Abgeordnetenhaus in unserem Regierungsbezirke und die dafür ernannten Wahl-Commissarien sind folgende: 1) Elbing und Marienburg (2 Abg., Wahlort Marienburg), Ober-Regierungs-Rath v. Auerswald. 2) Stadt und Kreis Danzig (3 Abg., Wahlort Danzig), Polizei-Präsident v. Clausewitz. 3) Neustadt und Carthaus (2 Abg., Wahlort Zoppot), Landrath Mauve. 4) Berent und Pr. Stargardt (2 Abg., Wahlort Pr. Stargardt), Landrath Engler.

— In Folge der Wahl zum Abgeordnetenhause sind sämmtliche auf den 25. d. M. anberaumt gewesene Termine bei dem hiesigen königlichen Stadt- und Kreisgericht aufgehoben worden.

— Die Bestürmung der Magistrats-Bureaux durch Frauen und Familienglieder zu den Fahnen einberufener Reservisten und Landwehrmänner nehmen von Tage zu Tage zu.

— Gestern ist von der Bau-Deputation beschlossen worden, die Reinigung der Radaune in diesem Jahre nicht vornehmen zu lassen.

— Seit einer Woche haben wir prächtiges Sommerwetter. Die Spuren der scharfen Nachtfröste sind leider an Bäumen und Saatfeldern noch sehr kenntlich; besonders der Roggen, der bereits seit Anfang der Woche in voller Blüthe steht, zeigt an allen früh entwickelten Feldern zahlreiche durch den Frost zerstörte Aehren, die dem ganzen Felde einen fahlen, silbergrauen Schein geben.

— In Weichselmünde und auf der Westerplatte wurden bereits in dieser Woche von Herren Seebäder genommen. Die Temperatur des Wassers betrug 17° R. —

— Die sonst um diese Zeit unternommenen Erholungs- und Vergnügungsreisen gehören in diesem Jahre zu den seltenen Ausnahmen. Auch unsere Stadt und Umgebung, welche seit Erweiterung des Eisenbahnnetzes von recht vielen Fremden besucht worden ist, empfindet den Mangel derartigen Verkehrs, wodurch Hotelbesitzer und Gewerbetreibende den größesten Nachtheil haben. Die Stockung aller Geschäfte berührt überhaupt alle geschäftlichen Kreise unangenehm; und Lieferanten dürften gegenwärtig höchstens davon eine Ausnahme machen.

— Seit dem Abzuge der hier garnisonirenden Regimenter haben die bisher üblichen Concerte fast gänzlich aufgehört; nur bei Selonke, im Victoria-Theater und an einzelnen Abenden in den Weiß- und Schröder'schen Gärten hört man noch die Klänge von Instrumentalmusik, während man sonst ein stilles Plätzchen suchen mußte, um Erholung ohne musikalisches Geräusch zu finden. Diese Stille harmonirt indessen mit dem Ernst der Zeit, welcher sich überall kundgiebt.

— Die Vorarbeiten zur Bahn Schneidemühl-Dirschau schreiten rüstig vorwärts. Es heißt, daß dieselben auch bei dem Ausbruche eines Krieges nicht unterbrochen werden sollen, um die aus Fabriken entlassenen Arbeiter einigermaßen zu beschäftigen.

— Das achte Altpreußische Sängerfest, welches in Königsberg während der Tage des 21., 22. und 23. Juli feierlich begangen werden sollte, ist wegen der kriegerischen Zeiten vertagt worden.

— Einige in Schlesien cantonnirende Landwehrmänner haben ihre Frauen brieflich aufgefordert, nachzukommen, da es dort für sie Verdienst durch Nähen u. s. w. gebe. In Folge dessen sind auch wirklich 5 Landwehrfrauen aus Gnesen ihren Männern nachgereist.

Dirschau. Während der nun beendigten Truppen-Durchmärsche bot der hiesige Bahnhof einen überaus belebten und der große Wartesaal einen eigenthümlichen Anblick dar, indem darin eine Menge einfacher Holzbänke und Tische zur Benutzung für die Station machenden Truppen aufgestellt waren, ausreichend für ein ganzes Bataillon. Auch war zu Gunsten derselben der Restaurations-Tarif erheblich herabgesetzt: das Seidel Bairisch 1 Sgr., ein belegtes Butterbrod 1 Sgr. ꝛc. (An anderen Orten machten es manche Restaurateurs gerade entgegengesetzt und erregten dadurch den gerechten Unwillen der Leute.)

Elbing. Dem Vernehmen nach wird hier vorläufig eine Darlehnskasse nicht errichtet werden. Diejenigen Städte, deren Communalbehörden Beschlüsse gegen die Annahme der Darlehnskassenscheine gefaßt haben oder noch fassen sollten, werden selbstverständlich dergleichen Kassen nicht erhalten.

— Schulze-Delitzsch warnt sämmtliche preußische Genossenschaften vor der Annahme der Darlehnskassenscheine an ihren Kassen.

## Palindrom.

Liest Du mich von vorn als Europäer,
Liest Du mich von hinten als Ebräer,
Freund, ich bleibe immerdar mir gleich,
Wie der große Hecht im Karpfenteich.

Mensch bin ich, doch bin ich Pferd vornehmlich,
Vogel bin ich auch, doch ziemlich dämlich,
Sing' in einer Oper tiefen Baß,
Zapfe Ungarwein vom besten Faß. L. B.

[Auflösungen werden in der Exped. d. Bl. entgegengen.]

## Meteorologische Beobachtungen.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 8 | 5 | 339,46 | 17,4 | Nördl. mäßig, leicht bewölkt. |
| 9 | 8 | 340,03 | 14,4 | do. flau, klar und heiter. |
| | 12 | 340,14 | 15,4 | NNO. do. do. |

## Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angekommen am 8. Juni:

Totte, Wilhelm I., v. Methill, m. Kohlen. — Ferner 1 Schiff m. Ballast.

Angekommen am 9. Juni:

Hammer, Juliane Renate (SD.), v. Hull, m. Gütern. Erland, Johanna Catharina, v. Bergen, m. Heeringen. — Ferner 7 Schiffe m. Ballast.

Auf der Rhede:

Bensow, Herzog Bogislav, v. Swinemünde, m. Ball.

Nichts in Sicht. Wind: NO.

Thorn passirt und nach Danzig bestimmt vom 6. bis incl. 8. Juni.

165 Last Weizen, 11 L. Roggen, 17 L. Gerste, 9 Last Erbsen, 44 Ctr. 71 Pfd. gr. Packleinwand, 130 Ctr. Pottasche, 168 L. Faßholz und Bohlen, 14,405 Eisenbahnschwellen, 19,044 fichtene Balken u. Rundholz und 1606 eichene Balken. Wasserstand 2 Fuß 2 Zoll.

## Börsen-Verkäufe zu Danzig am 9. Juni.

Weizen, 220 Last, 129pfd. fl. 480—510; 128.29pfd. fl. 480; 126pfd. fl. 440; 126.27pfd. fl. 420—450; 123.24pfd. fl. 360 pr. 85pfd.

Roggen, 119pfd. fl. 264; 124pfd. fl. 285 pr. 81⅚pfd.

## Bahnpreise zu Danzig am 9. Juni.

Weizen bunt 120—130pfd. 54—80 Sgr.
hellb. 120—132pfd. 58—86 Sgr. pr. 85pfd. Z.-G.
Roggen 120.26pfd. 46/47—50 Sgr. pr. 81⅚pfd. Z.-G.
Erbsen weiße Koch- 55—58 Sgr. } pr. 90pfd. Z.-G.
do. Futter- 50—54 Sgr. }
Gerste kleine 100—110pfd. 38—45 Sgr.
do. große 105—112pfd 41—49 Sgr. pr. Schffl.
Hafer 70—80pfd. 30—33/34 Sgr. pr. Schffl.

## Angekommene Fremde.

### Englisches Haus:

Capitain-Lieut. Mac-Lean nebst Gattin aus Kiel. Dr. Schur a. Berlin. Die Kaufl. Simmsohn a. Thorn u. Dinckler a. Iserlohn.

### Walter's Hotel:

Obrist-Lieutenant u. Kommand. v. Francois aus Weichselmünde. Student Tollkiemit aus Königsberg. Kaufmann Biernatzki a. Hamburg.

### Hotel du Nord:

Die Kaufl. Schwarz aus Memel und Schmidt aus Bromberg.

### Hotel zum Kronprinzen:

Glasfabrikant Warmbrunn aus Lippusch. Zimmermstr. Pullusch n. Sohn a. Freystadt. Die Kaufleute Eisenstädt a. Stuhm, Schulz u. Nolde a. Königsberg. Frau Nolde a. Insterburg.

### Hotel de Thorn:

Kreis-Ger.-Rath Polko a. Neustadt. Kaufmann Wiebe a. Elbing.

### Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren:

Gutsbes. Röser a. Schneidemühl. Partikulier Pauls a. Königsberg. Kaufmann Hack a. Berlin.

## Bekanntmachung.

Zur Verdingung der Lieferung von 1500 Tonnen Newcastler Glanz-Steinkohlen, zum Betriebe der fiscalischen Dampfmühle, steht ein Submissions-Termin auf

**den 20. Juni c., Vormitt. 11 Uhr,**

im Bureau des unterzeichneten Proviant-Amts, Kielgraben Nr. 3, an, woselbst auch die Bedingungen an den Wochentagen in den Dienststunden einzusehen sind. Unternehmungslustige werden hiezu mit der Aufforderung eingeladen, ihre schriftlich versiegelten Offerten pro Tonne mit der Aufschrift:

„Submission auf Steinkohlen für die Königliche Dampfmühle“

versehen, bis zur vorgedachten Zeit, wo deren Eröffnung in Gegenwart der persönlich erschienenen Submittenten erfolgen soll, bei uns einzureichen.

Danzig, den 5. Juni 1866.

**Königliches Proviant-Amt.**



Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.